

Presseecho

zur 2. internationalen WIPCAD-Konferenz (04.-06. 12.2014)

1. Universität Potsdam, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- a) Pressemitteilung Nr. 2014-214 vom 26.11.2014:

„Vertrackte Probleme“ für öffentliche Verwaltungen – 2. Internationale WIPCAD-Konferenz an der Universität Potsdam

<http://www.uni-potsdam.de/medienmitteilungen/detail-list/article/2014-11-26-vertrackte-probleme-fuer-oeffentliche-verwaltungen-2-internationale-wipcad-kon.html>

- b) Ankündigungen auf den Startseiten der Uni, der Fakultät und des Kollegs
c) Im Magazin „Uni Portal“ wird noch ein Bericht erscheinen (vorauss. Ausgabe 1/2015, Mathias Zimmermann).

2. Allgemeine Presse

- a) Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) – Vorankündigung der Konferenz am 26.11.2014 (erschieden in Rubrik „Wissen“ – „Wissenschaft in Potsdam“):

Verwaltung in ambivalenten Zeiten

<http://www.pnn.de/campus/913927>

- b) Potsdamer Neueste Nachrichten – Artikel von Jan Kixmüller am 10.12.2014 (erschieden in Rubrik „Wissen“ – Hintergrundartikel in „Wissenschaft in Potsdam“):

Öffentliche Verwaltungen unter Druck

<http://www.pnn.de/campus/918007>

- c) Potsdamer Neueste Nachrichten – Interview von Jan Kixmüller mit dem Kollegensprecher Prof. Harald Fuhr am 10.12.2014 (erschieden in Rubrik „Wissen“ – „Wissenschaft in Potsdam“):

„Sehr Komplex und ambivalent“

<http://www.pnn.de/campus/918004/>

Die Artikel:

1. Universität Potsdam, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

a) Pressemitteilung Nr. 2014-214 vom 26.11.2014:

<http://www.uni-potsdam.de/medienmitteilungen/detail-list/article/2014-11-26-vertrackte-probleme-fuer-oeffentliche-verwaltungen-2-internationale-wipcad-kon.html>

„Vertrackte Probleme“ für öffentliche Verwaltungen – 2. Internationale WIPCAD-Konferenz an der Universität Potsdam

„Vertrackte Probleme“ und die Frage, wie öffentliche Verwaltungen mit ihnen umgehen, stehen im Mittelpunkt einer Tagung, die vom 4. bis 6. Dezember 2014 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam stattfindet. Es ist die 2. Internationale Konferenz des DFG-Graduiertenkollegs „Wicked Problems, Contested Administrations“ (WIPCAD). Sie beschäftigt sich mit dem Thema „Contested Public Organizations: Knowledge, Coordination, Strategy“.

„Öffentliche Verwaltungen stehen heute – weltweit – nicht nur unter erheblichem Druck, auch Zeitdruck, wirksame Regeln zu setzen und Dienstleistungen bürgernah bereitzustellen, sondern sich auch mit der Lösung höchst ‚vertrackter Probleme‘ zu beschäftigen“, so Prof. Dr. Harald Fuhr, Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs WIPCAD, das die Tagung ausrichtet. „Hier handelt es sich um komplexe gesellschaftliche Probleme, wie etwa die Energiewende, die Klimapolitik, aber auch internationale Migration, die nicht einfach zu definieren sind, sehr unterschiedliche Akteure auf mehreren Regierungsebenen umfassen, einen erheblichen Koordinationsaufwand erfordern und zu denen wir häufig unzureichende Informationen haben. Unsere Konferenz beschäftigt sich mit diesen ‚vertrackten Problemen‘ und damit, wie Verwaltungen heute diesen komplexen Herausforderungen konkret begegnen – und wie erfolgreich sie hierbei sind.“

Zum Auftakt der englischsprachigen Tagung am 4. Dezember 2014 spricht Prof. Dr. Kerstin Sahlin, Professorin für Verwaltungswissenschaften an der Uppsala Universität in Schweden, über das Verhältnis von globalen Themen und institutioneller Mehrdeutigkeit („Global Themes and Institutional Ambiguity“). Im Anschluss werden am 5. und 6. Dezember verschiedene Fragestellungen diskutiert, etwa wie Verwaltungen auf die realen und wahrgenommenen Herausforderungen reagieren und wie sie mit der Komplexität, der Unsicherheit und der Mehrdeutigkeit einzelner Probleme organisatorisch umgehen, welche Faktoren den organisatorischen Entwicklungsverlauf formen oder welche Handlungsmuster und Lösungsansätze aus dem Organisationswandel hervorgehen.

Das DFG-geförderte Graduiertenkolleg 1744 „Wicked Problems, Contested Administrations“ (WIPCAD) an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät besteht seit 2012. Es beruht auf einer systematischen interdisziplinären Kooperation zwischen Politik- und Verwaltungswissenschaften, der Soziologie und der Betriebswirtschaftslehre/Public Management.

2. Allgemeine Presse

- a) Potsdamer Neueste Nachrichten (PNN) – Vorankündigung der Konferenz, 26.11.2014 (erschieden in Rubrik „Wissen“ – „Wissenschaft in Potsdam“):
<http://www.pnn.de/campus/913927>

TERMIN

Verwaltung in ambivalenten Zeiten

Vom 4. bis 6. Dezember findet an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Potsdam die 2. Internationale Wipcad-Konferenz zum Thema „Contested Public Organizations: Knowledge, Coordination, Strategy“ statt. Es geht um das Agieren von öffentlichen Verwaltungen unter komplexen, unsicheren und oftmals ambivalenten Bedingungen. Weitere Infos unter www.wipcad-potsdam.de.

- b) Potsdamer Neueste Nachrichten – Artikel von Jan Kixmüller, 10.12.2014 (erschieden in Rubrik „Wissen“ – Hintergrundartikel in „Wissenschaft in Potsdam“):
<http://www.pnn.de/campus/918007>

HINTERGRUND: Öffentliche Verwaltungen unter Druck

Die **2. Internationale Wipcad-Konferenz** zum Thema „Contested Public Organizations: Knowledge, Coordination, Strategy“ fand vom 4. bis 6. Dezember an der Uni Potsdam statt. Wipcad steht für das **DFG-Graduiertenkolleg** „Wicked Problems, Contested Administrations“. Es geht um das Agieren von öffentlichen Verwaltungen unter komplexen, unsicheren und oftmals ambivalenten Bedingungen. **Öffentliche Verwaltungen** stehen heute – weltweit – nicht nur unter erheblichem **Druck**, auch Zeitdruck, wirksame Regeln zu setzen und Dienstleistungen bürgernah bereitzustellen, sondern sich auch mit der Lösung höchst **„vertrackter Probleme“** zu beschäftigen, so

Wipcad-Sprecher **Harald Fuhr** (s. Interview). Das DFG-Graduiertenkolleg an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät besteht seit 2012. Es beruht auf einer systematischen **interdisziplinären Kooperation** zwischen Politik- und Verwaltungswissenschaften, der Soziologie und der Betriebswirtschaftslehre/Public Management. Kix

- c) Potsdamer Neueste Nachrichten – Interview von Jan Kixmüller mit dem Kollegsprecher Prof. Harald Fuhr, 10.12.2014 (erschieden in Rubrik „Wissen“ / „Wissenschaft in Potsdam“): <http://www.pnn.de/campus/918004/>

„Sehr komplex und ambivalent“

Politik-Professor Harald Fuhr von der Uni Potsdam über vertrackte Probleme in öffentlichen Verwaltungen, Bewältigungsstrategien, den Know-how-Export der Uni ins Ausland und die Lage in Afghanistan

Herr Fuhr, vertrackte Probleme in öffentlichen Verwaltungen, das klingt erst einmal etwas merkwürdig. Worum geht es?

Es geht um sehr komplexe und ambivalente Probleme, Dinge, die nicht einfach zu definieren sind, Probleme, die sich nicht auf einzelne, sondern gleich mehrere Behörden beziehen, bei denen Informationsbedarf existiert. Also zum Beispiel der Klimawandel oder die Energiewende. Sie erscheinen im ersten Moment einfach zu bewältigen, im zweiten oder dritten Schritt zeigt sich dann aber, dass sehr viele unterschiedliche Akteure in Lösungsstrategien einbezogen werden müssen. Das sind Probleme, die nicht einfach zu fassen sind. Wir fragen danach, wie die öffentlichen Verwaltungen damit umgehen.

Die Klimaforschung hat doch bereits Antworten zum Klimaschutz. Was ist daran nun vertrackt?

Das Problem ist, dass die gravierenderen Wirkungen des Klimawandels erst in 20 bis 30 Jahren offenbar werden. Aber wir müssen die Probleme jetzt angehen. Wir müssen heute Entscheidungen treffen, die die zukünftige Generation beeinflussen werden. Der gesellschaftliche Nutzen entsteht erst später. Das ist das Schwierige. Kurzfristig wird es einige Verlierer geben, wenn man etwa Kohlekraftwerke aufgibt und die Preise für fossile Rohstoffe hochsetzt. Die Sanktionen für eine bessere Zukunft betreffen also Akteure der Gegenwart. Das ist eine schwierige Gemengelage. Die kurzfristigen Kosten betreffen heute einzelne Gruppen der Gesellschaft, die sich aus nachvollziehbaren Gründen dagegen wehren.

Das Abschalten der Kohlekraftwerke würde einen Teil der Grundlast der Stromversorgung wegnehmen – und Arbeitsplätze kosten.

Das sind beispielsweise die Punkte, die beachtet werden müssen. Andererseits werden dann im Bereich der erneuerbaren Energien und alternativer Produktionsformen neue Arbeitsplätze entstehen. Vor uns liegt eigentlich ein gigantisches Investitionsvolumen. Letztlich ist das aber nichts Neues: Solche Veränderungen gab es aber bereits viele Male seit dem Ende des 18. Jahrhunderts.

Aktuell beschäftigt die Verwaltungen bei uns auch die Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch dies ist ein schwieriges Thema, da die Hintergründe mit der politischen Situation, derzeit zum Beispiel im Nahen Osten, zusammenhängen. Man müsste eigentlich an der Wurzel der Probleme arbeiten, das ist gegenwärtig aber sehr schwierig. Aktuell haben wir es mit der Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu tun. Das kann kurzfristig Probleme bereiten. Doch eigentlich haben wir es mit der Endstufe eines Problems zu tun, das die Heimatländer der Flüchtlinge selbst betrifft. Dort Strukturreformen durchzuführen, wäre eine wichtige Voraussetzung, um Probleme bei uns abzuschwächen.

Schwierig wird es, wenn sehr viele Akteure in Lösungen einbezogen sind. Das Debakel des BER-Flughafens scheint auf ähnlichem Boden gewachsen zu sein.

Wenn zu viele Akteure mit ihren eigenen Interessen auf den Plan treten, kann die Situation so komplex werden, dass sich Planungsverfahren in die Länge ziehen. Wenn dann noch Planungsfehler hinzukommen, können sich solche Projekte lange hinziehen. Und das erzeugt dann zusätzliche Kosten.

Welche Antworten haben Sie?

Unsere öffentlichen Verwaltungen sind zunehmend mit solchen komplexen Problemen befasst. Einfache Antworten gibt es nicht. Es geht im Wesentlichen darum, dass die Problemwahrnehmung geschärft wird, dass gesehen wird, wie die Herausforderungen beschaffen sind. Es geht darum, die Probleme in ihrer Breite zu erkennen, wie Akteure einbezogen werden können und welche Koordination mit anderen Behörden dafür notwendig ist. Dann ist eine gewisse Transparenz in der Lösungsstrategie erforderlich: zum Beispiel müssen Informationen von den beteiligten Behörden bereitgestellt werden und die möglichen Folgen bedacht werden. Wir können die komplexen Probleme nicht beseitigen. Aber wir können sie besser begreifbar machen und die Problemlösungen besser sequenzieren.

Schauen wir einmal in das vergangene Jahrhundert zurück: Weltwirtschaftskrise, Spanische Grippe, Weltkriege und Ölkrise – vertrackte Probleme gab es schon immer. Nichts Neues also?

Doch. Denn durch die Globalisierung ist noch einmal eine Stufe an Komplexität hinzugekommen. Es sind mehr Akteure mit einzubeziehen, auch international: Zum Beispiel blicken heute neben zivilgesellschaftlichen Akteuren auch eine ganze Reihe von

Nichtregierungsorganisationen und die Medien mit auf die Lösungen. Die Medien schaffen eine schnellere Öffentlichkeit, sodass viele Seiten in die Lösung der Probleme mit einbezogen werden wollen. Die öffentliche Hand ist heute in einem sehr komplexen Netz von Akteuren, Meinungen, Positionen und Interessen verstrickt. Das muss erst einmal entwirrt werden. Hinzu kommt, dass in offenen Gesellschaften Probleme schneller auch auf die Nachbarländer übergreifen.

Wie sieht es in Deutschland aus?

Die deutschen Verwaltungen stehen im internationalen Vergleich recht gut da. Das gilt eigentlich für die meisten Verwaltungen in Europa. Leistungsabfall und die Unfähigkeit zu Problemlösungen ist vor allem in den Nicht-OECD-Ländern zu beobachten, sei es in Asien, Afrika oder Lateinamerika. Mangelhafte staatliche Verwaltungen führen in einigen Ländern zu gravierenden Folgeproblemen.

Bei uns also kein Nachholbedarf?

Natürlich gibt es immer Raum für Optimierungen – denken Sie nur an den Fall des BER. Fehlleistungen und Fehlplanungen werden sich nie völlig ausschließen lassen. Aber man sollte in der Lage sein, aus den Fehlern zu lernen, um sie nicht zu wiederholen. In den meisten Industrieländern gibt es dazu gute Aufsichtsbehörden und freie Medien, die solche Fehler aufdecken und monieren. Auf Dauer kann sich kein Land permanente Fehlleistungen der Verwaltungen erlauben.

Sie selbst waren unlängst in Afghanistan. Wie sind die Verwaltungen dort aufgestellt?

Das ist das andere Extrem. Dort müssen öffentliche Verwaltungen immer noch aufgebaut werden. Wir unterstützen in Afghanistan derzeit zwei Vorhaben. Einerseits geht es um die Erarbeitung von Möglichkeiten zu einer Verwaltungsreform mit der neuen Regierung. Hier geht es um Entbürokratisierung, Entflechtung und klare Zuständigkeiten. Mehr Transparenz und weniger Korruption spielen ebenso eine große Rolle. Das andere Vorhaben bezieht sich auf die Hochschulentwicklung des Landes. Hier geht es konkret um die Errichtung verwaltungswissenschaftlicher Fakultäten an insgesamt fünf Hochschulen. Die zukünftigen Verwaltungsbeamten sollen dort unter anderem lernen, dass moderne Verwaltungen auch mit den Bürgern im Dialog stehen. Wir sprechen mit unseren Hochschulkollegen darüber, wie sich Verwaltungswissenschaften in Forschung und Lehre umsetzen lassen.

Gibt es bereits erste Erfolge?

Ich bin insgesamt optimistisch. Vor zwei Jahren gab es noch keinen Unterricht in dem neuen Fach Verwaltungswissenschaften, heute gibt es 2000 Studierende. Im nächsten Jahr werden die ersten Bachelors in die Verwaltungen kommen. Die junge Generation will nach vorne schauen, die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25 Jahren, die sind hochgradig engagiert, wollen nicht mehr zurück in die Krisenzeiten. Das ist heute sehr

viel deutlicher als noch vor zwei Jahren. In den vergangenen zehn Jahren hat Kabul trotz aller aktuellen Anschläge enorme Fortschritte gemacht. Aber man muss auch sehen, dass das Land noch nicht über den Berg ist. Die Situation könnte auch noch einmal kippen.

Hat die Universität Potsdam auf diesem Gebiet ein besonderes Know-how, das sich ins Ausland exportieren lässt?

Wir haben in Potsdam den Bereich der Verwaltungswissenschaften in den vergangenen zehn Jahren ausgebaut und sind da nun sehr stark aufgestellt. Unser Studiengang ist auch eng angelehnt an die Verwaltungspraxis, etwa in Brandenburg, aber auch deutschlandweit. Wenn es um Verwaltungsfragen geht, ist unsere Expertise sehr oft gefragt. Wir beraten Verwaltungen von der lokalen bis zur internationalen Ebene, von der Uckermark bis nach Ulan Bator. Das reicht von Finanz- und Personalmanagement über Gemeindegebietsreform bis zu Fragen internationaler Zusammenarbeit.

Haben Sie bereits ein Flugticket in ein weiteres Land?

Wir werden im Februar noch einmal nach Afghanistan fliegen, denn unser Vorhaben ist noch nicht beendet. Danach wird es eine Winterschule mit dem Indischen Institut für Öffentliche Verwaltung in Delhi geben. Wir streben an, dass unsere afghanischen Kollegen sowohl ihre Kollegen als auch die Verwaltungspraxis etwa in Indien oder der Türkei vor Ort besser kennenlernen.

Das Gespräch führte Jan Kixmüller